

Feudale Methoden in der Autoindustrie in Ungarn

Man stelle sich folgendes Szenario vor: Wegen fehlender Halbleiter kommt es zum Produktionsstillstand. Die Beschäftigten können die vertragliche Arbeitszeit nicht erbringen – auf ihrem Arbeitszeitkonto sammeln sich Minusstunden. Daraufhin fordern die Unternehmen den ihrer Ansicht nach zu viel gezahlten Lohn für diese Stunden zurück.

Das ist die jetzige Situation in Ungarn. Erst als sich die Gewerkschaft Vasas einschaltet, die Öffentlichkeit informiert wird und die Regierung Kontrollen ankündigt, rücken die Unternehmen von ihrem gesetzeswidrigen Verhalten ab.

Ein Erfolg. Doch die Aufsichtsbehörden haben die Kontrollen bereits beendet und kaum Verstöße festgestellt. Geprüft wurde allerdings nur ein Bruchteil der Unternehmen.

Hintergrund für die Auseinandersetzungen ist das zum 1. Januar 2019 geänderte Arbeitsgesetzbuch – von den Gewerkschaften Sklavengesetz genannt. Mit der Ausdehnung des Arbeitszeitrahmens auf bis zu drei Jahre wurde Unternehmen unter anderem erlaubt, Mehrarbeit mit einer dreijährigen Verspätung zu bezahlen, sofern eine betriebliche Vereinbarung geschlossen wurde. In vielen Betrieben gilt jedoch weiter ein jährlicher Rahmen, der den Unternehmen nun Probleme macht.

Die Gewerkschaft Vasas hat untersucht, wie die Autoindustrie in Ungarn mit dem Arbeitszeitrahmen in der Praxis umgeht und bei Mercedes Benz Manufacturing Hungary in Kecskemét, Opel (Stellantis) und Audi Hungaria auch gute Beispiele gefunden. Woanders liegt vieles im Argen: Unternehmen versuchen, die Minusstunden ihrer Belegschaften auf den nächsten Ausgleichszeitraum zu übertragen, statt sie – wie gesetzlich vorgeschrieben – zu kappen. Andere wollen den Arbeitszeitrahmen verlängern oder mit Beschäftigten einzeln verhandeln.

Die Gewerkschaft Vasas fordert, das Arbeitsgesetzbuch zu ändern. Denn legal ist immer noch Folgendes: Kündigen und woanders anheuern, wo mehr bezahlt wird, ist fast nicht möglich. Denn zuerst müssen Beschäftigte dem Unternehmen den Lohn für die Minusstunden zurückerzahlen. Dazu ist niemand in der Lage. Zoltán László von Vasas spricht von feudalen Methoden.

**Vasas (Hrsg.), Kis, Judit (2021):
Die praktische Anwendung des
Arbeitszeitrahmens in den Be-
trieben der ungarischen Auto-
mobilindustrie**

**Vasas (Hrsg.), Kis, Judit (2021).
Unternehmen wollen angesam-
melte Minusstunden übertragen/
Vasas fordert: Arbeitsgesetzbuch
sollte geändert werden**

Impressum

IG Metall Vorstand
FB Transnationale
Gewerkschaftspolitik
Jochen Schroth
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Dezember 2021

Ansprechpartnerin

marika.varga@igmetall.de
Tel. 069 / 66 93 24 09



DIE PRAKTISCHE ANWENDUNG DES ARBEITSZEIT- RAHMENS IN DEN BETRIEBEN DER UNGARISCHEN AUTOMOBILINDUSTRIE

Einführung

In Ungarn haben die meisten Unternehmen – einschließlich derjenigen, in denen der Gewerkschaftsbund Vasas vertreten ist – wenig über die Arbeitsorganisation in den jüngsten anderthalb Jahren mitgeteilt. Das lag zunächst an der Corona-Pandemie und später an der weltweiten Halbleiterknappheit, die im Januar 2021 einsetzte. Es gibt auch nur wenige Informationen darüber, in welchen Unternehmen Arbeitszeitrahmen genutzt werden, wie in der Praxis bei deren Beendigung verfahren wird und ob Beschäftigte sogenannte Minusstunden angehäuft haben.

Vasas behielt im Blick, wann die Arbeitszeitrahmen auslaufen würden – in der Regel im Herbst 2021 – und welche Probleme auftreten könnten. Anfang Oktober hatte sich herausgestellt, dass in vielen Unternehmen Minusstunden aufgelaufen waren. Diese wurden aber bei Ende des Arbeitszeitrahmens nicht zurückgesetzt. Stattdessen verlangten die Unternehmen von ihren Beschäftigten, den ihrer Ansicht nach zuviel bezahlten Lohn für die Minusstunden zurückzuzahlen. Nur die Einmischung der Gewerkschaft, Öffentlichkeitsarbeit und die Intervention der Regierung (Einleitung einer Untersuchung und Veröffentlichung gesetzlicher Richtlinien), hielten die Unternehmen von den Rückforderungen ab.

Anfang November war das drängendste Problem gelöst: Die Unternehmen, in denen Vasas vertreten ist, sind von ihrer Forderung nach Rückzahlung der Minusstunden abgerückt. Einige Unternehmen behaupteten, die Rechtsvorschriften falsch interpretiert zu haben. Allerdings suchen sie weiter nach Möglichkeiten, die Minusstunden auf dem Arbeitszeitkonto zu belassen.

Einige Unternehmen wollen die Arbeitszeitrahmen, die jetzt anderthalb Jahre betragen, auf zwei Jahre verlängern, um mit den Stunden flexibel verfahren zu können. Dafür werben sie bei der Regierung. Andere Unternehmen versuchen, mit den Beschäftigten einzelvertragliche Arbeitszeitverlängerungen auszuhandeln.

Die Gewerkschaften seien nicht informiert worden, sagt Zoltán László, Vizepräsident von Vasas. Er kritisiert, dass kein Unternehmen den Belegschaften Beschäftigungsgarantien im Gegenzug für die Übertragung der Minusstunden auf die nächste Zeitraum anbietet.

Ende November wurde die von der Regierung initiierte Untersuchung beendet. Dabei wurde lediglich in einem Unternehmen ein Verstoß gegen den Arbeitszeitrahmen festgestellt. Allerdings kontrollierten die Aufsichtsbehörden lediglich 750 von 1,3 Millionen Unternehmen in Ungarn.

Praxis im Organisationsbereich von Vasas

Im Werk von **Mercedes Benz Manufacturing Hungary** in Kecskemét ist der Arbeitszeitrahmen derzeit auf ein Jahr bis Ende des Jahres begrenzt. Das Unternehmen erklärte, von seinen Mitarbeitern keinen finanziellen Ausgleich für die aufgelaufenen Minusstunden verlangen zu wollen. Eine Ausnahme bilden lediglich die gesetzlich geregelten Fälle. Danach ist eine Abrechnung von Zeitkonten bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses vor Ablauf des Arbeitszeitrahmens möglich. Die Unternehmensleitung würde Konsultationen mit den Gewerkschaften einleiten, um die Möglichkeit einer Reduzierung oder Umverteilung der Minusstunden zu erörtern.

Im Tarifvertrag für 2021, der mit Mercedes Benz Manufacturing Hungary in Kecskemét am 16. Dezember 2020 unterzeichnet wurde, war unter anderem festgelegt worden, dass der damals gültige Arbeitszeitrahmen zum 31. Dezember 2020 geschlossen, die Minusstunden gestrichen und die Überstunden nach den gesetzlichen Vorgaben vergütet werden. Insofern hat die Vereinbarung bei Mercedes im vergangenen Jahr in der Praxis gut funktioniert. In 2021 hat ein neuer Zeitrahmen begonnen.

Im Werk in Kecskemét gab es bereits mehrere ungeplante Stillstände aufgrund von Lieferunterbrechungen. Der Engpass bei den Chips in diesem Sommer machte eine langfristige Planung fast unmöglich. Die Mercedes Benz Manufacturing Hungary Kft. kündigte im August an, dass sich das Werk in Kecskemét auf die Schwierigkeiten der Halbleiterlieferanten einstellen werde, indem es sein Produktionsprogramm flexibel anpasst.

Über **Knorr-Bremse Ungarn** ist wenig bekannt: Die Lokalzeitung Petőfi Népe interviewte im Mai 2020 Attila Bíró,

Autorin: **Judit Kis**, Übersetzung mit Deepl, überarbeitet von **Marika Varga**



den Geschäftsführer von Knorr-Bremse Fékrendszerek Kft. während der ersten Corona-Welle und fragte unter anderem nach Entlassungen. Der Geschäftsführer erklärte, dass keine Mitarbeiter entlassen worden und die Löhne unverändert geblieben seien. »Der Zeitrahmen, den das Unternehmen seit 2012 hat, ermöglicht es uns, unsere Flexibilität in einem sich verändernden Marktumfeld zu erhalten«, sagte er.

Bei **Autoliv** in Sopronkövesd wurden die Arbeitnehmer in der ersten Corona-Welle für die Arbeitsunterbrechung bezahlt: Der übertragene Urlaub aus dem vergangenen Jahr wurde gewährt und der diesjährige anteilige Urlaub sowie der Gegenwert des Abwesenheitsgeldes wurden zur Überbrückung des Zeitraums verwendet. Das Werk war in diesem Frühjahr nicht annähernd ausgelastet, sodass die Beschäftigten Entlassungen befürchteten. Mariann Martsitsné Horváth, die Gewerkschaftsvorsitzende des Werks, erklärte jedoch, dass die Entscheidungsträger Entlassungen vermeiden wollten, obwohl das Unternehmen in diesem Frühjahr nur mit 30 Prozent seiner Kapazität ausgelastet war. Die Lösung bestand darin, dass alle einen halben Monat lang arbeiteten und dafür bezahlt wurden. Für die Ausfallzeit erhielten sie allerdings nur 60 Prozent des Grundlohns, sodass der Lohn während der Übergangszeit um etwa 20 Prozent gekürzt wurde. In der Zwischenzeit bemühte sich das Unternehmen, die Einzelheiten der damaligen Lohnzuschussregelung zur Arbeitsplatzsicherung zu erfahren.

Praxis in weiteren großen Automobilwerken

Neben Mercedes erklärten auch die drei anderen großen ungarischen Automobilhersteller, dass sie im Zusammenhang mit der Schließung der Arbeitszeitrahmens keine Lohnnachzahlungen von den Arbeitnehmern fordern werden.

Magyar Suzuki schrieb, dass der Produktionsausfall aufgrund des Chipsmangels später mit Hilfe von Verlegungstagen innerhalb des Arbeitszeitrahmens aufgeholt werden soll. Für das Werk in Esztergom gilt der Arbeitszeitrahmen bis zum 30. Juni 2022. Das Unternehmen geht davon aus, dass noch Zeit zum Abarbeiten bleibt. Der vorherige Arbeitszeitrahmen endete im April dieses Jahres; es wurden 19 Tage ohne Arbeit bezahlt. Sollten im laufenden Arbeitszeitrahmen noch unbearbeitete Übertragungstage verbleiben, so ist vorgesehen, diesen auf die gleiche Weise wie den vorangegangenen Zeitrahmen zugunsten der Arbeitnehmer zu schließen.

Das **Opel-Werk (Stellantis)** Szentgotthárd hat eine jährliche Abrechnungsperiode. Die epidemiebedingten Minusstunden des vergangenen Jahres seien bereits auf-

gearbeitet worden. Das Werk habe in der ersten Hälfte dieses Jahres mit hoher Kapazität arbeiten können, so das Unternehmen. Es gab keine längeren Stillstände aufgrund fehlender Teile, aber es gab einige Fälle von Schichtausfällen. Wenn die daraus resultierenden Minusstunden nicht innerhalb des vorgegebenen Zeitraums nachgearbeitet werden können, verfallen sie laut Gesetz und das Unternehmen verliert diese vorgezogene Arbeitszeit, so das Unternehmen.

Audi Hungaria teilte ebenfalls mit, dass nach Ablauf des Ausgleichszeitraums die Minusstunden aus den Stundenzetteln der Beschäftigten verschwinden werden. In diesem Fall wird das in Győr ansässige Unternehmen die Löhne der Arbeitnehmer nicht kürzen. Die Minusstunden werden nicht auf die Stundenzettel der Arbeitnehmer für den nächsten Lohnzahlungszeitraum übertragen.

Welche Regelungen sind zu erwarten?

Die Erfahrungen der Arbeitsaufsichtsbehörden in Ungarn zeigen, dass die zweithäufigste Verletzung nach der nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit die Arbeits- und Ruhezeiten und die Mehrarbeit betrifft. In der ersten Hälfte dieses Jahres gab es eine große Zahl von Arbeitnehmern, bei denen schriftliche Aufzeichnungen zu Beginn und Ende der Arbeitszeit fehlten. Dadurch war es für die Beschäftigten und die Behörden praktisch unmöglich zu überprüfen, wann und wie lange gearbeitet wurde und die Mehrarbeit korrekt ausbezahlt oder in Freizeit umgewandelt wurde. Diese sogenannten kleinen Verwaltungsfehler könnten zu finanziellen Einbußen der Beschäftigten führen.

Das Ministerium für Innovation und Technologie (ITM) hat eine Rechtsauslegung über die Anwendung des Arbeitszeitrahmens und die Rechtmäßigkeit der Lohnabrechnung veröffentlicht. Darüber hinaus hat die Arbeitsaufsichtsbehörde am 18. Oktober 2021 eine außerordentliche, gezielte Untersuchung eingeleitet, um die Rechte der Arbeitnehmer durchzusetzen und den Missbrauch von Arbeitszeiten zu verhindern. Der offizielle Standpunkt der Regierung lautet, dass im Jahr 2020 eine flexiblere Beschäftigung für die Unternehmen durch die Ausweitung des Arbeitszeitrahmens ermöglicht wird, um Arbeitsplätze zu erhalten. Dies habe dazu beigetragen, Entlassungen in großem Umfang im Falle einer Epidemie zu verhindern, heißt es in der offiziellen Mitteilung. Es ist noch nicht bekannt, wie die Wirtschaftslobby zur Rücknahme der Minusstunden steht, aber es wird vermutet, dass im Hintergrund Verhandlungen geführt werden. Gleichzeitig drängen die Gewerkschaften auf eine Änderung des Arbeitsgesetzes, da es nach wie vor gesetzlich vorgeschrieben ist, die aufgezeichneten Minusstunden bei einem Arbeitsplatzwechsel nicht zurückzusetzen, was die Mobilität der Arbeitnehmer einschränkt. ◀

UNTERNEHMEN WOLLEN ANGESAMMELTE MINUSSTUNDEN ÜBERTRAGEN. VASAS FORDERT: ARBEITSGESETZBUCH SOLLTE GEÄNDERT WERDEN

Nach Intervention des Gewerkschaftsverbands Vasas haben die Automobilunternehmen in Ungarn darauf verzichtet, von ihren Beschäftigten den Lohn für die Minusstunden, die sich bis zum Ende des Arbeitszeitrahmens angesammelt haben, zurückzufordern. Jetzt drohen allerdings neue Probleme.

Nach Angaben der Gewerkschaft setzen sich die Unternehmen vehement dafür ein, dass sie die Minusstunden am Ende des Arbeitszeitraums – anders als gesetzlich vorgeschrieben – nicht auf null setzen müssen, sondern auf den nächsten Zeitraum übertragen können.

Das wird neue Probleme mit sich bringen. Schon die gesetzliche Regelung, die es Unternehmen erlaubt, sich von Beschäftigten bei einem Arbeitsplatzwechsel Lohn für nicht geleistete Stunden bezahlen zu lassen, schränkt die Mobilität der Erwerbstätigen und Expansionsmöglichkeiten von Unternehmen ein. Nach Ansicht von Zoltán László (Foto), stellvertretender Vorsitzender des Vasas-Gewerkschaftsbundes, sollte das Arbeitsgesetzbuch so schnell wie möglich geändert werden.

Seitdem die Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit den Arbeitszeiten in der Presse veröffentlicht worden seien und das zuständige Ministerium eine Untersuchung angekündigt habe, werde von jedem Unternehmen versichert, dass alles rechtmäßig verlaufe. Sollte es unrechtmäßige Absichten gegeben haben (»Wir wissen, dass es sie gab«, so László), würden sie nicht weiter verfolgt. Es gebe jedoch Unternehmen, bei denen der Lohn für Minusstunden von den (steuerfreien) Einkommensbestandteilen (Cafeteriasystem) abgezogen worden seien. Die Gewerkschaft führt die Auseinandersetzungen mit dem Arbeitgeber weiter.

Zoltán László machte deutlich, dass die Unternehmen die Minusstunden zwar nicht mehr von den Beschäftigten zurückforderten – dank der Presseberichterstattung und der von der Regierung initiierten Untersuchung. Doch sie setzten sich nun dafür ein, die Minusstunden speichern und auf den nächsten Arbeitszeitrahmen übertragen zu dürfen, obwohl sie gesetzlich dazu verpflichtet sind, die Minusstunden am Ende des Arbeitszeitrahmens auf null zu setzen.

Es entspreche dem gesunden Menschenverstand, dass Beschäftigte, die einen Monat oder mehr gearbeitet haben, nicht in der Lage seien, im darauffolgenden Jahr 12,5 oder 13 Monate zu arbeiten. Außerdem wären sie kaum motiviert, das zu tun: Erhielt ein Arbeitnehmer im Jahr 2020 für einen vollen Monat einen Ausfall in Höhe von 150.000 Forint netto (umgerechnet zurzeit 407 Euro), werden diese 150.000 Forint im Jahr 2022 nicht einmal einen Bruchteil wert sein; er wird trotzdem dafür arbeiten müssen.



Zoltán László, stellvertretender Vorsitzender des Vasas-Gewerkschaftsbundes

Weitere Produktionsausfälle sind zu erwarten

Zum ersten Mal stehen die Unternehmen vor dem unternehmerischen Risiko, Beschäftigte auch dann bezahlen zu müssen, wenn es keine Aufträge gibt, betonte der Vizepräsident. Es handelt sich um einen grundlegenden sozio-ökonomischen Interessenkonflikt: Die Gesellschaft ordnet vieles den Interessen der Unternehmen unter, etwa den Ausbau der Infrastruktur, was sich möglicherweise negativ auf die Umwelt oder andere Bereiche auswirkt. Im Gegenzug erwarte die Gesellschaft, dass die Risiken unternehmerischer Aktivitäten nicht über die Beschäftigten auf die Gesellschaft abgewälzt werden.

Laut Zoltán László sehen sich die Unternehmen damit konfrontiert, dass sie die Minusstunden nicht abbauen und nicht auf den nächsten Zeitraum übertragen können. Äußere Umstände, wie Pandemien, Chipmangel, steigende Produktionskosten und Energiepreise, erschweren die Situation zusätzlich. Die Energiepreise seien innerhalb eines knappen Jahres (zwischen Januar und November 2021) um das Zweieinhalb- bis Dreifache gestiegen. Energie ist inzwischen der zweitgrößte Kostenfaktor. Aus die-



sem Grund ist es möglich, dass bei sehr energieintensiven Betrieben die Produktion eingestellt wird.

Es ist offensichtlich, dass die Situation auch für die Arbeitgeber immer schwieriger wird. Doch die ungarische Gesellschaft sei nicht in der Lage, solche Krisen abzufedern. Die Familien verfügen kaum über finanzielle Reserven, die Minusstunden zurückzuzahlen, können aber nicht in andere Unternehmen wechseln, wo sie mehr verdienen könnten. Und der Einkommensverlust wird kleine und mittlere Unternehmen und die lokale Wirtschaft schwächen. Verfügen die Menschen über kein Einkommen, können sie keine Dienstleistungen mehr in Anspruch nehmen. Das wird Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft haben.

»Wir brauchen ein klares, eindeutiges und konsensfähiges Leitprinzip«, erklärt Zoltán László von Vasas. Das jetzige Arbeitsgesetzbuch diene nicht den Interessen der Arbeitnehmer, sondern ausschließlich denen der Wirtschaft. Es trage nicht zum sozioökonomischen Gleichgewicht bei. In Krisenzeiten wie der jetzigen könnte dies schweren Schaden anrichten. Zoltán László stellt fest, dass das Problem in den (tripartiten) Foren zum Interessenausgleich weder von der Regierung noch von den Arbeitgebern ernst genommen werde. »Sie weigern sich, diese Probleme anzuerkennen.«

Feudal anmutende Praktiken, die aber gesetzlich sind

Zoltán László macht deutlich, dass die Gewerkschaft das Problem rechtzeitig thematisiert hat, denn die Arbeitszeitrahmen laufen im Herbst dieses Jahres aus. Da die Gewerkschaft über die Absicht der Unternehmen informiert war, dass sie den Lohn aus den Minusstunden versuchen würden zurückzufordern, konnte sie rechtzeitig handeln. Nun versuchten die Unternehmen zurückzurudern. Das ist vor dem Hintergrund geschehen, dass das Ministerium für Innovation und Technologie (ITM) eine Untersuchung eingeleitet hat und in Ungarn im Frühjahr 2022 Wahlen anstehen. Allerdings war bei der von der Regierung initiierten Untersuchung lediglich in einem Unternehmen ein Verstoß gegen den Arbeitszeitrahmen festgestellt worden. Die Aufsichtsbehörden kontrollierten aber lediglich 750 von 1,3 Millionen Unternehmen in Ungarn.

Die Praxis von Unternehmen, Minusstunden bei einem Arbeitsplatzwechsel nicht zurückzusetzen, ist gesetzeskonform. Nach Ansicht des Vasas-Vizepräsidenten stellt diese Regelung ein Hindernis für die Mobilität der Erwerbstätigen dar. In einigen Regionen, etwa in Nordost-Ungarn, ist dies ein großes Problem. Unternehmen, die aufgrund guter Auftragslage mehrere hundert Mitarbeiter einstellen könnten, können wegen des Arbeitskräftemangels nicht wachsen. Und Beschäftigte, die das Unternehmen wechseln wollen, können das nicht tun, weil sie die Minusstunden dann zurückzahlen müssten. »Niemand ist in der Lage, die Hälfte oder einen ganzen Monatslohn zu bezahlen.«

László stellt die rhetorische Frage: Wie kann es sein, dass ungarische Beschäftigte verschuldet sind, ohne ein Darlehen aufgenommen zu haben? Das seien feudale Praktiken.

Das Problem trete jedoch nicht nur vereinzelt auf, sondern in den meisten Automobilunternehmen in Ungarn. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden liege zwischen vier bis fünf Tagen und anderthalb bis zwei Monaten. Letzteres betreffe die meisten Beschäftigten. Der Lohn dieser Minusstunden müssten sie zurückzahlen, wenn sie das Unternehmen wechseln wollten.

Inzwischen gebe es eine hohe Fluktuation. Das betreffe vor allem Beschäftigte, die noch vor Ende der Probezeit kündigen. Wegen der kurzen Beschäftigungszeit sammeln sie keine Minusstunden an, sodass ihnen der Arbeitsplatzwechsel möglich ist.

Es gibt einige Unternehmen, die nach Intervention der Gewerkschaft von dem gesetzlichen Recht nicht Gebrauch machen. Vasas gelang es, mit mehreren Unternehmen eine Vereinbarung darüber zu treffen, dass Minusstunden, die drei Arbeitstage im Monat überschreiten, als klassische Ausfallzeit bezahlt und nicht übertragen werden. Offensichtlich wurde eingesehen, dass es andernfalls zu einer großen Zahl von Minusstunden käme.

Nach Ansicht von Zoltán László sollte die Situation durch einen breiten sozialen und fachlichen Dialog mit allen Akteuren gelöst werden, um sicherzustellen, dass das Arbeitsgesetzbuch die Arbeitnehmer tatsächlich schützt. ◀